





System in der (Klima-)Krise



Vom Kapitalismus, fossilen Rohstoffen und der Verschränkung verschiedener Krisen. Lösungen gibt es nur, wenn wir das komplizierte und enge Zusammenwirken der unterschiedlichen Probleme und Konflikte begreifen. Von Sina Reisch

Der Himmel ohne Kondensstreifen, die Natur zurück in den Städten, auf den Grund der Kanäle in Venedig sehen – die Corona-Krise hat gezeigt, wie schnell sich eine verminderte Wirtschaftsleistung positiv auf Ökosysteme auswirkt. Gleichzeitig gab es laute Stimmen, die den Flieger nach Malle als unverzichtbaren Bestandteil ihres freien Lebens begriffen. Was heißt das eigentlich: relevant für das System? Welches System überhaupt? Unverzichtbar für wen oder was? Wo bleibt die langfristige Perspektive, die Ressourcengerechtigkeit? Reicht es, das System zu erneuern, oder brauchen wir nicht vielmehr ein neues System?

Die Verbrennung fossiler Energieträger ist die Basis des aktuellen Wirtschaftswachstums – sie sind systemrelevant für den Kapitalismus. Eine Dekarbonisierung der Produktion ist also nur möglich, indem man kapitalistische Logiken überwindet. Die globale Perspektive der Klimagerechtigkeit ist dabei wichtiger denn je, denn Lösungen finden wir nur, wenn wir die Verschränkung verschiedener Krisen begreifen.

Blutkohle

Kohle ist in vielerlei Hinsicht ein gutes Symbol für das, was in unserer Welt schief läuft – und auch für die Rolle, die Deutschland dabei spielt. Kein Land der Welt verbrennt so viel Braunkohle wie Deutschland, obwohl es die dreckigste, ineffizienteste Form der Energiegewinnung ist. Das Rheinische Braunkohle-

revier ist die größte CO₂-Quelle Europas. Hinzu kommen zwei weitere Reviere, eines in der Lausitz (östlich von Berlin) und eines bei Leipzig. Hier ging im Mai 2020 mit Datteln IV noch ein neues Kohlekraftwerk ans Netz – als einziges in ganz Westeuropa.

Neben der heimischen Braunkohleverbrennung zählt Deutschland auch zu den großen Importeuren von Steinkohle. Der größte Teil dieser Importkohle kommt aus Russland, den USA und Kolumbien, wo der Abbau des Rohstoffs mit massiver Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen verbunden ist – weswegen dieser auch als „Blutkohle“ bezeichnet wird. Hier werden Indigene enteignet und vertrieben, zahlreiche Menschen sterben an Atemwegserkrankungen und Anti-Kohle-Aktivist*innen erhalten Morddrohungen, wie etwa die Mitglieder der indigenen Organisation *Fuerza de Mujeres Wayuu* (zu Deutsch in etwa: Streitkraft der Wayuu-Frauen) in Kolumbien.

Wachstum aus Fossilien

Es fällt auf, dass hier die gleichen globalen Logiken der Ausbeutung greifen wie bei anderen Rohstoffen. Ein Blick in die Funktionsweise und Geschichte des Kapitalismus verrät, dass fossile Energieträger ein ganz besonderes Verhältnis zum Kapitalismus haben.

Für den Menschen war es schon immer überlebensnotwendig natürliche Ressourcen zu nutzen. Doch erst

die massenhafte Verbrennung fossiler Energieträger machte ungeahnte Ausmaße an Wirtschaftswachstum möglich.

Um die grundlegenden Veränderungen des Wirtschaftssystems zu erklären, verweist man in der Regel auf technologische Innovationen. Dieser technologische Fortschritt war aber nur deshalb so einschneidend, weil erstmals im großen Stil fossile Energieträger für die Produktion nutzbar wurden. Nur mithilfe von Kohle und Erdöl konnten Dampfmaschinen und Verbrennungsmotoren genug Energie für Massenproduktion und Massenmobilität erzeugen. Das Wachstum beruht also darauf Energie in Form von Erdöl, Erdgas und Kohle aus Ozeanen, Wäldern, Torfmooren und anderer Biomasse einzusetzen. Wir leben seit gerade mal ein paar Jahrzehnten von der Energie, die die Natur in zehntausenden, sogar Millionen von Jahren produziert hat. Dass das langfristig nicht gut gehen kann, ist keine Überraschung.

Diese Massen an Rohstoffen zu verwerten sowie der daraus resultierende Energiereichtum sorgte ohne Zweifel für viel Wohlstand. Selbst für Arbeiter*innen hat sich der Lebensstandard in den Zentren der kapitalistischen Moderne stark verbessert. Zwei Probleme bleiben jedoch bestehen: Erstens ist der Wohlstand extrem ungleich verteilt und zweitens führt der Energieverbrauch zu Treibhausgasemissionen, die eine rasante Erhitzung des Klimas verursachen.

Kipppunkte

Seit 1900 hat sich die globale Durchschnittstemperatur bereits um 1°C erhöht. Das mag nicht nach viel klingen, führt aber zu erheblichen Ungleichgewichten in vielen Ökosystemen: Waldbrände im Amazonas, Australien, Kalifornien und Brandenburg. Hitzewelle in Sibirien, Überschwemmungen im Sudan, Vietnam, Jemen. Die Naturkatastrophen der letzten Jahre sprechen für sich.

Laut dem *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC), einem regierungsunabhängigen, wissenschaftlichen Weltklimarat der United Nations, darf die weitere Klimaerhitzung 1,5°C nicht überschreiten. Sollte dies nicht gelingen, kommt es zu sich selbst

verstärkenden Rückkopplungseffekten, die das Klima unabhängig von menschlichen Emissionen immer weiter erhitzen. „Kipppunkte“ nennt man diese Automatismen im Ökosystem, die zu einer immer weiteren Erhitzung führen würden, selbst wenn Menschen keine Treibhausgase mehr emittierten.

Ein Beispiel hierfür ist die Erwärmung der Permafrostböden in Sibirien: Gefrorene Torfmoore halten große Mengen an Methan eingeschlossen. Wenn sie auftauen, wird das darin enthaltene Methan freigesetzt, was wiederum zu einer starken Erhöhung der Temperatur führen würde.

Waldbrände in Australien, Hitzewelle in Sibirien, Überschwemmungen im Sudan

Ähnlich verhält es sich mit dem Rückgang der polaren Eisflächen: Die großen, weißen Flächen auf der Erde reflektieren Wärmestrahlung zurück in den Weltraum. Schmilzt dieses Eis, treten die darunterliegenden

Wasser- und Landoberflächen zutage. Diese sind wesentlich dunkler und absorbieren die Wärme, statt diese ins Weltall zurückzugeben.

Der Unterschied zwischen 1,5°C und 2,5°C Erwärmung (im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter) liegt also nicht nur bei einem Grad Celsius. Automatismen im Ökosystem führen zu weiterer Erhitzung, selbst wenn Menschen keine Treibhausgase mehr emittieren. Dieser Fakt macht die 1,5-Grad-Grenze so wichtig.

Wie viele Treibhausgase dürfen wir also noch emittieren, um unter dieser überlebenswichtigen, um nicht zu sagen für das System Erde relevanten 1,5-Grad-Grenze zu bleiben? Laut dem *Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change Berlin*, kurz MCC, und dem IPCC beläuft sich unser restliches Budget auf rund 300 Gigatonnen CO₂. 2019 lag der durchschnittliche globale Ausstoß bei etwa 1.331 Tonnen CO₂ pro Sekunde. Mit diesem Ausstoß wäre das verbleibende Budget in etwa sieben Jahren aufgebraucht. Sieben Jahre – nicht viel. Das ist in etwa die Zeit zwischen 2013 und 2020. Was haben Sie im Jahr 2013 gemacht?

Diese Zahlen aus Klimaprojektionen sind immer nur Schätzungen und werden nicht auf den Tag genau so eintreten. Aber die Richtung ist eindeutig und die Erkenntnisse, die daraus resultieren müssen, sind von einer kolossalen Wucht: Was es braucht, wenn wir die

Klimakrise stoppen wollen, ist eine sofortige, absolute Reduktion der Emissionen. Und diese kann nur mit einer sofortigen, absoluten Reduktion unseres derzeitigen Energieverbrauchs erreicht werden.

Klimagerechtigkeit statt lediglich Klimaschutz

Hier kommt die globale Perspektive ins Spiel, denn der Energieverbrauch ist nicht überall gleich hoch und die Klimakrise trifft verschiedene Regionen unterschiedlich hart. Den höchsten Ressourcenverbrauch haben die reicheren Länder des globalen Nordens, während die desaströsen Folgen der Klimakrise ärmere Länder im globalen Süden am heftigsten treffen. Wenn klimatische Veränderungen zur Fluchtursache werden, oder vorhandene Konflikte anheizen – wie beispielsweise die Dürren in Syrien zwischen 2006 und 2010 –, wachsen die Zäune um den globalen Norden. Die Klimakrise passiert nicht im leeren Raum, sondern ist in gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen eingebettet. Auch in Zukunft werden sich reichere Menschen besser vor Klimakatastrophen schützen können. Die sozialen Verhältnisse einbeziehen in das so naturwissenschaftlich daher kommende Problem der Klimakrise charakterisiert das Konzept der Klimagerechtigkeit, das weiter greift als die Idee des Klimaschutzes allein.

Konsumkritik und die Frage nach der Macht

Was tun wir mit diesen Erkenntnissen? Ein Ausbau erneuerbarer Energien ist unumgänglich. Aber die Wirtschaftsleistung muss sich auch insgesamt reduzieren, wenn wir unseren Energieverbrauch und unsere Emissionen drastisch verringern wollen. Denn: Perspektivisch dürfen wir nur so viel Energie in der wirtschaftlichen Produktion benutzen, wie wir aus erneuerbaren Energiequellen gewinnen können. Wie kommen wir zu diesem ressourcengerechteren Leben?

Oft folgt hier die Forderung, man müsse den individuellen Konsum herunterfahren und nachhaltiger gestalten. Der Impuls ist nachvollziehbar. Man möchte das Problem zunächst im Alltag bekämpfen, wo es greifbar wird. Leider führt eine individuelle Konsumreduzierung allein jedoch nicht zu wirkungsvollen strukturellen Veränderungen.

Die Entscheidungen über die weitere Verbrennung fossiler Energieträger treffen derzeit vor allem diejenigen, die diese Energieträger besitzen. Alle weltweit vorhandenen Vorkommen an Rohstoffen stehen bereits als Kapital in Büchern von Privatunternehmen und Staaten. Die Inwertsetzung dieser Ressourcen,

also deren Verwandlung in Geld, findet vor allem durch deren Verbrennung statt. Alle Eigentümer*innen von etwa Erdöl, Erdgas und Kohle gehen heute davon aus, dass ihre Ressourcen eines Tages noch verbrannt werden – da diese sonst wertlos würden. Doch alle fossilen Ressourcen der Welt zu verbrennen wäre ein Desaster, das es unbedingt zu verhindern gilt.

Das Problem sind also nicht zuletzt die Eigentumsverhältnisse in unserem bestehenden System. Die Wirtschaft zu demokratisieren ist zwingend notwendig, um die Klimakrise einzudämmen. Das hieße: Wirtschaftliche Grundprinzipien müssen sich von Konkurrenz zu Kooperation wandeln, um natürliche Ressourcen den Logiken des Marktes zu entziehen.

Was kostet ein Sonnenaufgang?

Die Freisetzung von Treibhausgasen wird ebenso wie Umweltverschmutzung unter dem Begriff Externalisierung gefasst. In der neoklassischen Wirtschaftstheorie, die unser heutiges Denken bestimmt, versteht man die Natur als Rohstoff, dessen Wert bezifferbar ist: Wenn beispielsweise eine Fabrik einen Fluss verschmutzt, bleibt diese Verschmutzung lediglich ein „kostenloser Produktionsfaktor“, solange die Fabrik dafür nichts bezahlen muss. Deshalb sehen manche die Lösung darin, externalisierte Kosten zu internalisieren, auch Umweltbepreisung genannt: Die Verschmutzung des Flusses soll etwas kosten, ebenso wie etwa der Ausstoß von CO₂.

Diese Herangehensweise zeugt von einem kaputten Verhältnis zur Natur. Und: Wie bestimmen wir den Wert eines Flusses? Ist ein Fisch nur etwas wert, wenn er Nutzen für Menschen hat? Oder hat er einen Wert an sich? Wie viel ist ein Sonnenaufgang wert?

Daneben führen Kosten-Internalisierungen auch dazu, dass Verschmutzung immer noch möglich ist für all diejenigen, die nur genug Geld dafür bezahlen. In der Praxis bedeutet das: Reiche können die Umwelt wie gehabt zerstören und dafür Abgaben leisten, während sich die Lebensbedingungen für ärmere Menschen weiter verhärten. Und durch die extrem ungleiche globale Wohlstandsverteilung wird es auch in Zukunft Unternehmen und Menschen geben, die genug Geld haben den Planeten über seine Kippunkte hinweg zu verseuchen.

Was können wir tun?

Die Klimakrise ist nicht die einzige Krise – da wären beispielsweise noch die Nazi-Krise, die EU-Außen-

grenzen-Krise, beziehungsweise Staatssystem-Krise, und neuerdings auch die Corona-Krise. All diese Krisen sind kompliziert ineinander verschränkt: Etwa, wenn klimatische Veränderungen zu Fluchtursachen werden oder Umweltzerstörung Pandemien verursacht. In all diesen Krisen sinnvolle, achtsame linke Strategien der Bewältigung zu entwickeln, kann nur in gemeinsamer Debatte passieren. Beispielhaft möchte ich hier als wichtige Punkte Organisierung und Bildung hervorheben.

Denn einerseits müssen wir sehr konkrete Dinge tun, um Notlagen zu verbessern, etwa menschenunwürdige Camps schließen oder fossile Kraftwerke vom Netz nehmen. Die systemischen Veränderungen, für die wir kämpfen, müssen konkret fühlbar werden. Andererseits braucht es den systemischen Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft, damit Notlagen erst gar nicht entstehen.

Doch wir sollten nicht darauf warten, dass Lösungen von staatlicher Seite, also von oben, top-down, gegeben werden, sondern uns organisieren, diese selbst, bottom-up, zu erarbeiten und anschließend in die Gesellschaft einbringen. Gesellschaft zu organisieren kann zum Beispiel die Form von Kiezräten oder solidarischen Landwirtschaften annehmen. Selbstorganisation ist ein mühsamer Prozess, für den man einen langen Atem braucht. Uns in der Gemeinschaft zu organisieren fällt oft besonders schwer, weil wir stark vom liberalen Individualismus geprägt sind. Während der Corona-Pandemie hat sich dieser Trend hin zu einer Vereinzelung und zu psychischen Problemen für viele verstärkt.

Das Ziel einer solchen Selbstorganisation muss sein, dass die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum unseres Handelns rücken – und der Profit in den Hintergrund. Dabei ist die Demokratisierung der Produktionsmittel, zu denen auch die Rohstoffe gehören, ein wichtiger Schlüssel. Das allein reicht jedoch nicht: Kohlearbeiter*innen würden sich natürlich immer dafür entscheiden, Kohlekraftwerke weiter laufen zu lassen, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Verschiedene Perspektiven miteinzubeziehen heißt, die deutschen 20.000 Kohle-Arbeitsplätze mit dem Schaden der globalen Klimakrise ins Verhältnis zu setzen, dann die fossile Industrie herunterzufahren und den Arbeiter*innen neue Möglichkeiten zu geben. Die Vision ist also eine demokratische Selbstverwaltung auf allen Ebenen, in denen auch Leitentscheidungen über die (Energie-)Produktion getroffen werden, die außerhalb des Betriebs stattfinden.

Für eine gesellschaftliche Transformation spielt auch Bildung eine herausragende Rolle. Dabei dürfen wir Bildung nicht nur als einen Lebensabschnitt begreifen, der auf einen Beruf vorbereitet. Jeder Mensch sollte bis an sein Lebensende Lernender bleiben. Abzulehnen ist auch das klassistische, patriarchale Verständnis davon, dass nur akademisches, positivistisches Wissen wertvoll sei. Erfahrungswissen muss aufgewertet werden, wir brauchen einen Austausch auf Augenhöhe. Gesellschaftliche Bildung im großen Stil aufzuziehen ist ein schwieriger Prozess. Die kurdischen *akademiya gel*, also Gesellschaftsakademien oder Volksakademien, sind gute Beispiele dafür. Sie zeigen aber ebenso, dass eine emanzipatorische Bildungswelle mit gesellschaftlicher Organisierung einhergehen muss.

Auch hier begleiten kleine konkrete Dinge die große Vision: Warum nicht mit Freund*innen gemeinsam Texte lesen, Podcasts hören, Dokumentationen ansehen und dann miteinander darüber diskutieren? Warum nicht mit Eltern, Geschwistern, Nachbar*innen in einen tieferen Austausch treten? Gelegenheit zur Weiterbildung ist wohl das Beste, was der Corona-Winter zu bieten hat.<

Sina Reisch *ist in verschiedenen sozialen Bewegungen aktiv und war 2019 Pressesprecherin des Anti-Kohle-Bündnisses Ende Gelände*

